

Mütter fühlen sich alleingelassen

Der Sohn ist jetzt drei Jahre alt. Vor ein paar Tagen war er mit dem Kindergarten im Frankfurter Senckenbergmuseum. Der Ausflug hat 80 Cent gekostet. „Muss ich mir da jetzt eine Quittung geben lassen, um das Geld dann vom Amt zu bekommen?“, fragt sich seine Mutter Daniela Schmiedel (Name geändert). „Für 80 Cent?“ Sie studiert noch, ihr Stipendium reicht aber nicht für die Kleinfamilie. Deshalb haben die Mutter und ihr Sohn Anspruch auf den Kinderzuschlag und damit auch auf das Bildungspaket der Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU).

Einen Antrag hat sie aber noch nicht gestellt. Sie habe vor einigen Wochen einen Brief von der Familienkasse bekommen. „Da stand drin, dass ich mir ruhig Zeit lassen kann“, sagt sie, „weil die Details alle noch nicht geklärt seien und die Anträge ohnehin noch nicht bearbeitet würden.“ Geld, so heiße es im Brief, gebe es ohnehin frühestens im Sommer. Entsprechend verwundert ist sie über die aktuelle Diskussion. Den Antrag hat sie sich jetzt schon mal herunter geladen. Schwer auszufüllen sei er nicht.

Auch Nina Friedlich (Name geändert) hat noch nichts beantragt. „Mir fehlt dazu schlicht und einfach die Zeit“, sagt die alleinerziehende Mutter. Sie muss die Zeit zwischen Elterngeld und Rückkehr auf ihren Arbeitsplatz mit Hartz IV überbrücken, obwohl sie ja eigentlich Arbeit hat. Derzeit ist sie froh, wenn sie allein mit ihrer zwei-jährigen Tochter den Alltag bewältigen kann. Dabei könnte sie das Geld durchaus gebrauchen. Jeden Freitag besuchen sie und ihre Tochter eine Musikgruppe für Kleinkinder. Das kostet 33 Euro im Monat. „Das wäre natürlich toll, wenn das übernommen würde.“ Der Mutter fehlen aber schlicht die Informationen. „Ein kurzer Brief, dass ich mal meinen Sachbearbeiter anrufen soll, würde doch schon reichen.“ Auch fände sie es schön, den Antrag per Post stellen zu können. „Aber da muss ich doch sicher wieder zum Amt und da einen halben Tag mit einer Nummer in der Hand rumsitzen.“

Das Informationsdefizit kennt auch Harald Rein vom Frankfurter Arbeitslosenzentrum. „Viele wussten einfach gar nicht, dass sie einen Anspruch haben“, sagt er. „Als wir es ihnen gesagt haben, haben sie das Geld auch beantragt.“ Es komme nur äußerst selten vor, dass die Sachbearbeiter vom Arbeitsamt auf das Bildungsangebot hinweisen. In Frankfurt funktioniere es aber immerhin, wenn die Arbeitslosen nachfragten. Aus anderen Gemeinde habe er aber gehört, dass selbst die Sachbearbeiter oft nicht wüssten, was es eigentlich mit dem Bildungspaket auf sich hat. (FR, 21.04.2011, A.Kraft)